

Aktuelle Herausforderungen des Liberalismus

Von Prof. René Rhinow, Seltisberg BL

Was hat uns der Liberalismus heute zu sagen – im perfektionierten Sozialstaat des ausgehenden 20. Jahrhunderts, in der Ungewissheit einer entfesselten Industrie- und «Risikogesellschaft» (Ulrich Beck) und angesichts der ökologischen Herausforderung, auf der Schwelle der sogenannten postmodernen Welt? Ist er überholt, gleichsam zur historischen Etappe geworden? Die Frage stellen heisst sie verneinen: Liberale Impulse sind nötiger denn je. Freilich kommt auch der Liberalismus nicht darum herum, sein Fundament zeitkritisch zu reflektieren. Denn Rezepte des 19. Jahrhunderts können nicht unbesehen auf die Gegenwart übertragen werden.

Ausgangspunkt einer *Philosophie des Liberalismus in unserer Zeit* bilden klassische, geschichtlich überlieferte Grundpfeiler und Grundüberzeugungen. Diese lassen sich – stark verkürzt – mit den folgenden fünf Kernsätzen zusammenfassen.

Der Liberalismus ist erstens eine *gesellschaftspolitische Konzeption*. Sein Hauptanliegen ist die Freiheit, Würde und Eigenverantwortung des einzelnen Menschen. Er setzt sich für die integrale Gewährleistung der Freiheitsrechte und der Eigentumsгарantie ein. Er verlangt Rechtsgleichheit und Chancengleichheit. Der Glaube an die Selbstregulierungskraft der freien Gesellschaft ist ein Wesenselement des Liberalismus, auch wenn im Grundsatz immer anerkannt war, dass staatliche Normen ergänzend und ausgleichend hinzutreten haben.

Der Liberalismus verlangt zweitens eine *soziale Marktwirtschaft*. Die liberale Konzeption war stets mehr als ein bestimmtes Wirtschaftsmodell. Aber sie fand in der wirtschaftlichen Sphäre eine ausdrückliche Bestätigung: Die Wirtschaft soll sich möglichst «staatsfrei» entfalten können, ohne staatliche Lenkung und ohne Staatsmonopole. Als theoretisches Fundament stand das Modell der *Marktwirtschaft* zur Verfügung, welche durch eine *staatliche Rahmenordnung* (auf dem Güter- und Arbeitsmarkt) ergänzt und gestützt wird. Unbestritten ist die Notwendigkeit einer staatlichen Grundausstattung der Wirtschaft (Rechtsordnung, Geldwesen, Sanktionsordnung usw.) sowie die Korrekturbedürftigkeit gewisser ökonomischer Prozesse («Wirtschaftspolizei», Währungsschutz, Bekämpfung von Teuerung und Arbeitslosigkeit, Aufsicht zugunsten des Publikums, «natürliche» Staatsmonopole, ausserwirtschaftliche Hilfeleistung usw.), ja in neuerer Zeit auch die – im einzelnen freilich umstrittene – Sorge für einen «funktionierenden» Wettbewerb. Zusätzlich müssen Regeln für den sozialen Ausgleich dafür sorgen, dass allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird.

Der Liberalismus ist drittens auch eine *Geisteshaltung*. Der liberale Mensch ist *offen* und lehnt jede geschlossene Ideologie ab. Er ist in der Tendenz fortschrittsgläubig und veränderungswillig. *Toleranz* ist ihm oberstes Gebot, weil er sich nicht im Besitz der alleinigen Wahrheit weiss, und weil auch jeder andere Mensch Achtung verdient. Er ist *solidarisch*, weil ihm bewusst ist, dass es Schwächere und Benachteiligte gibt. Solidarität innerhalb der Gesellschaft soll zur Verantwortung des Einzelnen hinführen. Sie steht im Gegensatz zur kollektiven «Sozialverwaltung», die allen gibt, ohne Rücksicht auf den individuellen Bedarf. Und schliesslich sucht er das *Mass*, den Ausgleich und die Zurückhaltung. Freiheit und Selbstbeschränkung, Selbstverantwortung und Solidarität gehören untrennbar zusammen.

Der Liberalismus gedeiht viertens nur in einem *liberalen Staat*, der eine Rahmenordnung für die freie Gesellschaft gewährleistet (Sicherheit nach aussen, Ordnung im Innern) und der Aufgaben übernimmt, welche die Gesellschaft nicht selbst (besser) lösen kann (Subsidiarität).

Die Macht des liberalen Staates ist mehrfach begrenzt (Freiheitsrechte, gesetzmässiges Staatshandeln) und geteilt (Gewaltenteilung, Föderalismus), um die Menschen vor dem potentiellen Machtmissbrauch zu schützen. Der Staat soll die Menschen aber auch vor Menschen schützen (Strafrecht, Persönlichkeitsrechte im Zivilrecht, Polizeirecht usw.).

Der Liberalismus verlangt schliesslich ein *demokratisches Gemeinwesen*. Zwar haben liberale Strömungen in der Schweiz unterschiedliche Positionen zum Ausbau der Volksrechte eingenommen. Gemeinsam ist jedoch allen Richtungen die demokratische Grundüberzeugung, die Anerkennung der Volkssouveränität. Die Förderung der Partizipation entspricht zusehends einem liberalen Postulat, weil sie die verantwortliche Mitwirkung jedes Menschen an politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht und damit zur Entfaltung der Persönlichkeit und zur Selbstverwirklichung beiträgt.

Welches sind nun – auf der hier nachgezeichneten Basis – aktuelle und künftige Herausforderungen des Liberalismus?

Ganzheitliches Menschenbild

Das klassische Bild des liberalen Menschen, wie es vorne dargestellt worden ist, beruht letztlich auf dem *homo sapiens*: dem vernunftgeleiteten, gebildeten, tätigen Menschen, der im Wirtschaftsbereich als (be)rechnender *homo oeconomicus* und in diesem Jahrhundert als «Macher», als *homo faber*, auftritt. Doch geschichtliche Erfahrung und anthropologische Forschung weisen uns darauf hin, dass mit dieser Sicht des Menschen nur *eine* Seite erfasst wird. Ausgeblendet wird der *homo demens* mit seiner Veranlagung zur Unvernunft und der gewährenlassende *homo ludens*; zu kurz kommen andere menschliche Eigenschaften, wie sie mit den

Stichworten Herz, Seele, Gefühle; Angst, Aggression, Frustration; aber auch mit der Vita contemplativa nur unvollständig umschrieben werden. Der moderne Liberalismus muss sich mit einem ganzheitlichen Menschenbild auseinandersetzen. Der Mensch bleibt zwar (auch) rationales, wirtschaftendes, «nutzenmaximierendes» Wesen, aber er lässt sich nicht darauf reduzieren. Gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen haben sich folglich auf diese Komplexität auszurichten. Der alte Liberalismus erlag teilweise der Versuchung, im Menschen vorab den vernunftgeleiteten *homo oeconomicus* zu sehen, der sich um so besser entfalten kann, je grösser seine Handlungsspielräume sind. Sozialistische Kollektivordnungen versagen demgegenüber, weil sie den Menschen tendenziell seiner Individualität berauben und ihn auf eine bestimmte «verordnete» Funktion festlegen. Aufgabe einer liberalen Gesellschaft muss es ein, die *vielfältigen Optionen des Menschen zu wahren*, ihm unterschiedliche Lebensentwürfe zu ermöglichen. Von hier aus verbietet sich sowohl die Blickverengung auf den «Macher» als auch auf den bedürftigen, hilflosen Menschen. Beiden ist gerecht zu werden. Geboten ist eine Erweiterung des Blickfeldes auf die Lebenschancen *aller* Menschen, vor allem auch von Frauen, Jugendlichen und alten Menschen. Sind etwa die Gleichberechtigung von Frau und Mann, der Schutz vor Datenmissbrauch, die Optimierung des Rechtsschutzes in einem immer komplexeren Staatswesen nicht eminent liberale Anliegen?

Liberale Dynamik

Eine zweite Herausforderung besteht in der Wiederbesinnung auf eine wesentliche Eigenschaft des Liberalismus: auf seine *Zukunftsoffenheit* und *Dynamik*. Heute werden oft Liberalität und Konservatismus verwechselt. Auch wenn kontinentaleuropäische liberale Strömungen – im Gegensatz etwa zu angloamerikanischen Auffassungen – immer auch *konservative Züge* aufwiesen, so dürften diese doch nicht Oberhand gewinnen. Der liberale Mensch ist zwar wertkonservativ, weil er Freiheit und Würde der menschlichen Person und die zu diesem Zweck eingerichteten Instrumentarien (z. B. Freiheitsrechte, Eigentumsgarantie, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Sockel) für unabdingbar hält. Aber er will nicht ausschliesslich den Status quo bewahren, sondern die Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen immer wieder neu erkämpfen und sicherstellen. Insofern geht es nicht nur um Besitzstandswahrung, sondern um die Gewährleistung *offener Zugänge*: zur (Aus-) Bildung, zum Markt, zum Eigentum (Eigentumsbildung und -streuung). Für den Liberalen bedeutet es z. B. einen grundsätzlichen Unterschied, ob eigentumsbeschränkende Massnahmen zur Verstaatlichung führen oder ob sie dazu dienen, den privaten Eigentumserwerb vieler Menschen oder künftiger Generationen zu ermöglichen. Ebenso sind wirtschaftsbeschränkende Normen zugunsten des Marktmechanismus (Wettbewerbspolitik, Konjunkturpolitik) von solchen der Planwirtschaft (Preisregulierung) diametral auseinanderzuhalten.

Schliesslich darf Liberalismus nicht mit reiner Interessenvertretung identifiziert werden. Die Grundlagen des Liberalismus sind zutiefst moralischer Natur und lassen sich nicht auf partikuläre Interessen reduzieren – auch wenn die ökonomische Interessenvertretung im fairen Spiel der Kräfte ihren legitimen Platz findet. Der originelle französische Publizist und Ökonom *Guy Sorman* führte kürzlich an einem Vortrag vor dem Redressement national aus, heute begegne man «immer mehr Politikern, Notablen und Unternehmern, die sich liberal nennen.

Dies ist nett von ihnen, genügt aber nicht immer, weil der Liberalismus nicht als eine Ideologie zum Schutze von Partikularinteressen dieser Eliten angesehen werden sollte. Heute läuft der Liberalismus Gefahr, als Äusserung der Arbeitgeberschaft und einer gewissen politischen Klasse missverstanden zu werden...»

Ökoliberalismus als epochales Gebot

Die grundlegenden und drängenden ökologischen Problemstellungen unserer Zeit rufen nach der Frage, was der Liberalismus zur *Bewältigung der Umweltproblematik* beizutragen hat. Vorerst ist der anmassende (und falsche) Anspruch zurückzuweisen, der Sozialismus halte Rezepte bereit oder sei gar eine ökologische Ideologie. Die Umweltfrage kann mit den «klassischen» Ideen des 19. Jahrhunderts allein nicht angegangen werden, seien sie nun altliberaler, sozialistischer, konfessioneller oder konservativer Ausrichtung. Während nun aber linke Strömungen dazu tendieren, staatlich-dirigistische Lösungen zu propagieren und die «grüne» Politik zu vereinnahmen, lautet die Antwort des *Ökoliberalismus* freiheitlicher und differenzierter. Sein Programm kann – stark verkürzt wiedergegeben – mit folgenden Stichworten beschrieben werden: Grundlage eines *neuen* liberalen Umweltverständnisses ist ein *Abrücken vom anthropozentrischen Weltbild* und die Aner-

kennung des Eigenwertes der Natur insgesamt, des Menschen und seiner «Mitwelt», aller Lebewesen, Lebensräume und Landschaften. Den Menschen obliegt eine Mitverantwortung für diese «Mitwelt», die im liberalen Geiste wahrzunehmen ist, d. h. in erster Linie in die Verantwortung jedes Einzelnen, sekundär und subsidiär auch in eine begrenzte kollektive Verantwortung fällt. Dass heute die Umwelt durch die Wachstumsgesellschaft (westlicher oder östlicher Provenienz) schwer geschädigt ist, bedarf wohl keines (weiteren) Beweises mehr. Die heutige Marktwirtschaft *allein* kann diesen Prozess nicht umkehren, da die Umweltbelastung keinen relevanten Kostenfaktor darstellt. Das ökoliberale Programm forciert deshalb Konzepte, welche die Einsicht in die ökologischen Zusammenhänge und die Bereitschaft zum individuellen «Umhandeln» fördern. Dazu gehört – als Basis – die Entwicklung einer *liberalen Umweltethik* und einer Wirtschaftsethik, welche der Idee liberaler Selbstverantwortung entsprechen. Gerade hier ist das Machbare nicht zugleich immer das Verantwortbare.

Auf der *instrumentellen Ebene* geht es etwa darum, Lösungen zu entwickeln und einzuführen, welche sowohl ökologisch wirksam und *ökonomisch effizient* sind, so z. B. durch Internalisierung externer Kosten, welche heute der Allgemeinheit angelastet werden, in den Marktprozess, durch Einsatz marktwirtschaftlicher Steuerungselemente und Anreize, wie sie in der Schweiz vor allem von *René L. Frey* (Basel) und *Robert E. Leu* (St. Gallen) propagiert worden sind, und durch vermehrte Überwälzung der Kosten staatlicher Massnahmen nach dem Verursacherprinzip. Der Wettbewerb soll für, nicht gegen die Umwelt spielen. Der Staat muss also auch eine (limitierte) Mitverantwortung tragen. Regulative Eingriffe mit Geboten und Verboten sind zweifellos nicht zu umgehen, da viele Bereiche der Umwelt sogenannte öffentliche Güter darstellen, auf deren Konsum auf Dauer freiwillig kaum verzichtet wird. Doch sollten sie nur Platz greifen, wenn andere Wege nicht realisierbar sind oder versagen – heute stehen sie aber voran! Schliesslich will der Ökoliberalismus Umweltschutzpolitik *mit dem Volk*, nicht

gegen das Volk betreiben. Er verzichtet auf eine «billige» Politik der Zuweisung von Schuld «an die anderen», auf die Bezeichnung von Sündenböcken und setzt auch auf eine langwierige – und mühsame! –, aber letztlich unausweichliche Überzeugungsarbeit. Es wäre ein (undemokratischer) Trugschluss zu hoffen, der Staat allein (ohne unser aller Mittun) vermöchte die Umwelt wirkungsvoll zu schützen!

Schutz der Freiheiten künftiger Generationen

Eine neue Bedeutung erhält der Liberalismus in zeitlicher Dimension. Während unter Liberalität oft nur die gegenwärtigen Lebenschancen verstanden werden, erscheint es heute wichtiger denn je, auch der *Nachwelt* Spielräume freier Gestaltung und Entfaltung offenzuhalten. Hier muss sich der Kampf des Liberalismus um offene Strukturen bewähren. Unsere aktuelle Politik ist daraufhin zu befragen, ob sie späteren Generationen die Freiheit belässt, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden, oder ob Sachzwänge in einem Ausmass geschaffen werden, welche der *Nachwelt* die blosse «Verwaltung» irreversibler Folgen unseres Wachstums oder unserer Politik aufnötigen. Im Rahmen der individuellen (auch Unternehmer-)Verantwortung werden Gebote wie *Selbstbeschränkung*, Verzicht, massvolles Handeln wichtiger denn je. Aber auch staatliche Freiheitsbeschränkungen von heute können sich aufdrängen, um menschliche Freiheiten von morgen überhaupt zu ermöglichen. Umweltschutz und Raumplanung, kritische Folgenbeurteilung hochmoderner Technologien, Erhaltung der (Finanz-)Grundlagen unserer Vorsorgesysteme mögen als Stichworte dienen. Freiheitsschutz auch unserer «Nachbarn in der Zeit» (*Anders*) und damit die Entwicklung einer *Zukunftsethik* muss zum liberalen Grundanliegen werden! Ja es ist zu fragen, ob nicht der Freiheitsbegriff selbst als Grundlage des Liberalismus neu zu verstehen ist, indem Handlungen, die zur Zerstörung der gegenwärtigen und künftigen Freiheit beitragen, keiner legitimen Freiheitsausübung entsprechen.

Liberalismus und Staat

Und schliesslich die liberale Gretchenfrage: Wie ist heute das Verhältnis des Liberalismus zum Staat zu bestimmen? Vorerst ist dem oft erhobenen, aber falschen Vorwurf entgegenzutreten, liberale Politik sei a priori staatsfeindlich. Es waren Liberale, die unsere westlichen Verfassungsstaaten gegründet haben. Der Liberalismus braucht einen gefestigten Staat als Rahmenordnung für die freie Gesellschaft. Aber der Liberalismus setzt sich stets für einen *begrenzten* und damit kontrollierbaren Staat ein, weil er der «Machbarkeit» und Planbarkeit zentralstaatlicher, kollektiver Aufgabenbewältigung misstraut. Seine Skepsis gründet einerseits auf der Überzeugung, dass in vielen Bereichen (nicht in allen!) die freiheitliche, dezentrale (und damit auch föderalistische), flexible und von der Verantwortung der Individuen mitgetragene Problemlösung jeder staatlichen Aufgabenbewältigung überlegen ist. Die Planungs- und Voraussagekapazität eines Zentralorgans ist eng begrenzt – eine Binsenwahrheit, die nach einer Periode der Planungseuphorie wieder ihren Platz zurückgewonnen hat. Je ungewisser, komplexer, vernetzter die Entwicklung, desto überlegener die dezentralen und anpassungsfähigen

Strukturen! Vielleicht eröffnet das von *Christian Lutz* bezeichnete Bild der *Kommunikationsgesellschaft* neue Perspektiven einer liberalen Gesellschaft. Zudem sieht der Liberale die – im Sozialstaat immer deutlicher zutage tretenden – Nachteile des Staatshandelns: Zunahme der Machtkonzentration (und damit des potentiellen Machtmissbrauchs), Vergrösserung der Abhängigkeit des Einzelnen von der Bürokratie und damit Abnahme der individuellen Verantwortung, exponentielles Anwachsen der Vollzugsprobleme, Gefahr schematischer und undifferenzierter Lösungen, und vor allem: Abbröckeln der Legitimationsgrundlagen eines Staateswesens, dem immer neue Aufgaben übertragen werden, die es kaum mehr sach- und zeitgerecht zu erfüllen vermag. Erwartungshorizont und Anspruchseinlösung scheinen immer mehr auseinanderzuklaffen.

Der Liberalismus *misstraut allen Machtkonzentrationen*, allen Bürokratien, auch privaten. Zur eigentlichen Schicksalsfrage wird folglich die limitierte Bestimmung des Ob und des Wie der Staatsaufgaben. Der Liberalismus kann sich dieser Verpflichtung nicht dadurch entziehen, dass er sich blindlings gegen jedwede neue öffentliche Aufgabenerledigung zur Wehr setzt. Vielmehr muss er zu jeder Zeit eine doppelte kritische Prüfung vornehmen: Sind erstens *bestehende* öffentliche Verantwortlichkeiten wieder auf die gesellschaftliche Ebene zurückzulagern (Stichworte: Deregulierung, Reprivatisierung, mehr Mut zum Markt)? Dabei ist dazu Sorge zu tragen, dass nicht neue private Monopole entstehen, die noch schwieriger zu kontrollieren sind. Müssen zweitens *neue* Verantwortlichkeiten von Gemeinwesen übernommen werden? Als *Prüfungsraster* bietet sich dabei ein fünfstufiges Vorgehen an:

1. Existiert ein echtes *gesellschaftliches Problem*, das gelöst werden muss? Die vorsorgliche Angst vor «mehr Staat» darf nicht dazu führen, das Problem als solches zu verleugnen, wie dies m. E. im Umweltschutz- und Risikobereich zu lange getan worden ist. Andererseits liegt nicht jedem politischen Vorstoss ein wirkliches, drängendes Problem von allgemeiner Tragweite zugrunde!

2. Gibt es *gesellschaftliche* (nichtstaatliche) *Wege der Problemlösung*? Nicht jedes Problem bedarf der staatlichen Anhandnahme. Zuerst sollen private, nachbarliche, gruppenförmige oder genossenschaftliche Wege gesucht und versucht werden. Gesellschaftliche Selbstorganisation und «soziale Selbsthilfe», allenfalls mit öffentlicher Förderung, erhalten als Ausweg aus dem Teufelskreis des Sozialstaates einen erneuten hohen Stellenwert.

3. Falls gesellschaftliche Lösungen nicht in Frage kommen oder scheitern: Ist der *Staat* überhaupt *in der Lage*, das Problem zu lösen? Der sozialistische Irrtum besteht in der widerlegbaren Annahme, von der Problemexistenz könne direkt auf eine Problembewältigungskapazität des Kollektivs (kurz)geschlossen werden. Wir wissen heute, dass nicht nur der Mensch ein Mängelwesen ist (*Portmann*), sondern erst recht auch der Staat. Marktversagen und Staatsversagen können kumulieren! Ist der Staat aber ungeeignet zur Problembewältigung, soll er nicht zur Beruhigung des politischen Gewissens oder aus reiner Symbolik in eine unerfüllbare Verantwortlichkeit versetzt werden.

4. Falls der Staat handeln muss und kann, soll er es so weit als möglich *auf liberale Weise* tun, also unter Einsetzung liberaler Instrumentarien (Förderungen, Anreize, Wettbewerbsmechanismen, Rahmenordnung). Die Liberalen müssen staatliches Handeln differenzierter nach den eingesetzten Instrumentarien beurteilen, auf marktkonforme Wege pochen und die Scheu vor neuen Vorschlägen (wie etwa die Lenkungsabgabe im Umweltschutz) ablegen. Lieber rechtzeitiges *liberales Staatshandeln* als späterer Dirigismus!

5. Falls neue oder erweiterte Staatsaufgaben unausweichlich erscheinen, soll den «Staatstätigkeiten mit *Pionierverdacht*» Vorrang eingeräumt werden, wie sie *Heik Afheldt* kürzlich umschrieben hat: Investitionen und Innovationen in Infrastruktur – Hardware, Investitionen in Menschen (Fort- und Weiterbildung), in Software, in Wissen (Forschung und Entwicklung) und in die Umwelt sowie «Weiterentwicklung der Ordnungsinstrumente dort, wo sie aus Sorge um das physische Wohlergehen der Bürger angebracht sind und den Unternehmen helfen, sich auf langfristige Änderungen in Absatzmärkten einzustellen».

Selbstverantwortung und Mitverantwortung

Das Prinzip Verantwortung (*Hans Jonas*) wird zur Schlüsselkategorie des Liberalismus. Freiheit und Verantwortung gehören unlösbar und reflexiv zusammen: Wahrnehmung von Verantwortung setzt Freiheit voraus, denn vorgeschriebenes, erzwungenes Handeln kann nicht verantwortet werden. Freiheitswahrung heute und morgen aber bedarf der Verantwortung, primär der Selbstverantwortung und *Mitverantwortung* mündiger Menschen, die die Folgen ihres Tuns bedenken, sekundär begrenzter Mitverantwortung des Gemeinwesens.

Die zentralen Herausforderungen des Liberalismus in unserer Zeit bestehen darin, auf der Basis eines *ganzheitlichen Menschenbildes* Erstarrungstendenzen entgegenzuwirken, *offene Strukturen* zu erhalten oder wiederherzustellen und sowohl im *ökologischen Bereich* wie auch für *künftige Generationen* die Grundlage für liberale Problemlösungen zu schaffen.